

## Globalisierte Produktionsstrukturen und Handelsbeziehungen

Die negativen Auswirkungen weltweit vernetzter Produktionsstrukturen und Handelsbeziehungen auf die Menschenrechte betreffen überproportional Mädchen und Frauen. Strukturelle Diskriminierung macht sie besonders verwundbar für wirtschaftliche Ausbeutung und Missbrauch.

### Diskriminierung und Missbrauch

In der Textilbranche besetzen bis zu 85 Prozent junge Frauen die am schlechtesten bezahlten Arbeitsplätze; ihre **Chancen auf Weiterqualifizierung und Aufstieg** sind **verschwindend gering**.

Frauen sind überdurchschnittlich häufig prekär beschäftigt und haben kaum Zugang zu Sozialleistungen.

**Produktionsverfahren in Branchen mit hohem Frauenanteil**, wie die Textil-, Elektronik- oder Nahrungsmittelindustrie, **wirken sich oft nachteilig auf die Gesundheit aus**: z. B. aufgrund von Pestiziden in der Landwirtschaft, Staubpartikeln in Fabrikhallen, unzureichender Arbeitssicherheit, mangelndem Zugang zu Sanitäreinrichtungen, psychischem Druck, unrealistisch hoher Produktionsquoten.

Frauen haben ein deutlich höheres Risiko als Männer, geschlechtsspezifische **Gewalt** am Arbeitsplatz zu erfahren. Beschwerdestellen, an die sich Frauen vertrauensvoll wenden können, haben viele Produktionsstätten nicht; auch der Gerichtsweg steht Frauen dort, wo sie strukturelle Diskriminierung erfahren, in den seltensten Fällen offen.



**35 %**  
oder 818 Millionen  
Mädchen und Frauen über  
15 Jahre weltweit leiden  
unter physischer und/oder  
sexueller Gewalt

### Verschärfung durch Corona

Die Pandemie hat die **Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen** weltweit beschleunigt.

Ein Beispiel dafür ist die Textilbranche: In Bangladesch stornierten europäische und amerikanische Einkäufer\*innen Aufträge im Wert von rund 3 Milliarden US-Dollar, weshalb mindestens **70.000 Beschäftigte ohne Entschädigung gekündigt** wurden – **die meisten von ihnen Frauen**.

In einigen Regionen Indiens und Indonesiens wurden ILO-Arbeitsnormen außer Kraft gesetzt: Die **Arbeitszeit wurde von acht auf zwölf Stunden am Tag erhöht** und der **Mindestlohn abgeschafft**. Im Zuge dieser Entwicklung stieg die Gewalt gegenüber Arbeiter\*innen und Gewerkschafter\*innen.



ILO-Arbeitsnormen  
abgeschafft



Arbeitszeiterhöhung  
von 8 auf 12 Stunden täglich

Frauen haben ein höheres Risiko, sich zu infizieren, weil sie z. B. überproportional häufig im Pflege- und Gesundheitswesen beschäftigt sind.

Zudem droht Frauen öfter der Verlust ihren Arbeitsplatzes und ihres Einkommens, weil z. B. der Textilsektor von Unterbrechungen der globalen Lieferkette besonders betroffen ist. So gilt die **Lebensgrundlage von 4,1 Millionen Arbeitnehmenden in der Textilbranche als gefährdet** – davon sind im Durchschnitt **60 bis 80 Prozent Frauen**.

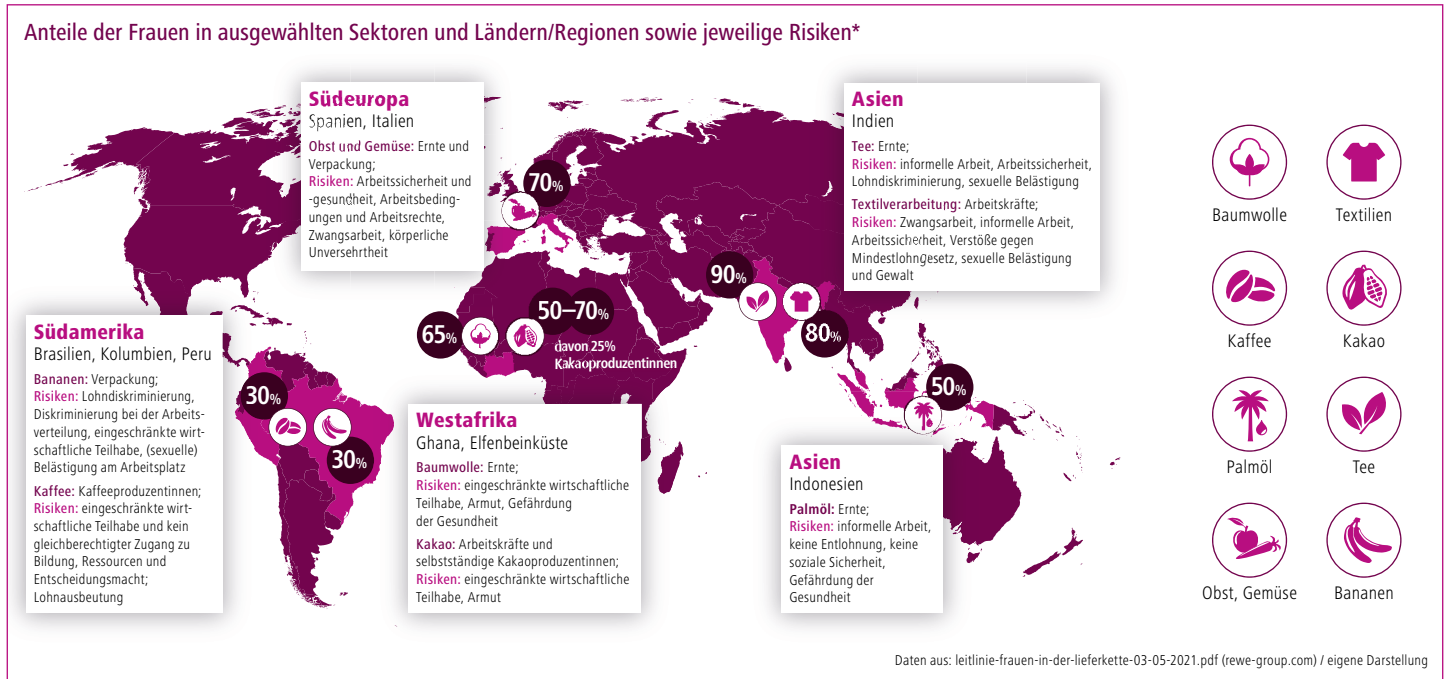
Nicht zuletzt hat sich durch die Verrichtung bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit die Doppelbelastung für viele Frauen in Pandemiezeiten verstärkt.

Die Pandemie zeigt deutlich, dass globale Lieferketten derzeit weder nachhaltig noch menschenrechtskonform sind und dass dies weltweit zulasten von Frauen, vor allem in prekären Beschäftigungsverhältnissen, gehen.

**Doch die Krise ist keine Rechtfertigung für Verzicht auf Solidarität und das Aussetzen der Menschenrechte!** Die Produktionsländer am Anfang der Lieferkette geraten weiter ins Hintertreffen, wenn die Auftraggeber\*innen ihre Standards einseitig anheben, ohne die Lieferländer mit Sorgfaltspflichten für die Auftraggeber\*innen zu unterstützen.

Um die Gleichstellung von Frauen weltweit zu verbessern, müssen politische Maßnahmen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene die strukturelle Benachteiligung von Frauen in globalen Wertschöpfungsketten in den Blick nehmen und bekämpfen. Das Lieferkettengesetz ist ein erster Schritt, weist aber noch deutliche Schwachstellen auf.

Die DGB-Frauen fordern deshalb ein **geschlechtergerechtes Lieferkettengesetz**, das von Unternehmen eine geschlechtergerechte Umsetzung ihrer Sorgfaltspflichten einfordert.



Quellen:

- FEMNET (2018): Geschlechterspezifische Gewalt in der Bekleidungsindustrie. Bonn: FEMNET e.V.
- Global Policy Forum Europe & Rosa-Luxemburg-Stiftung (2020): Geschlechtergerechtigkeit in globalen Lieferketten. Forderungen an Politik & Unternehmen
- Phung, Sara (2021): Geschlechtergerechte Lieferketten und was dafür zu tun ist.
- Niebank, Jan-Christian (2018): Bringing Human Rights into Fashion. Issues, challenges and underused potentials in the transnational garment industry
- Scheper, Christian (2020): Auswirkungen von COVID-19 auf die Textilindustrie, S. 28
- Schilling, David (2021): The Collateral Damage of Covid-19 in the Bangladesh Apparel Sector

## DIE FRAUEN IM DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUND FORDERN

### die Bundesregierung auf,

- sich ausdrücklich und sichtbar zur UN-Frauenrechtskonvention zu bekennen.
- sich dafür einzusetzen, dass das Lieferkettengesetz geschlechtergerecht weiterentwickelt wird. In allen Bereichen müssen geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigt und Unternehmen zur Umsetzung der ILO-Übereinkommen 100, 111 und 190 verpflichtet werden.
- Risiko- und Folgeabschätzungen geschlechtersensibel vorzunehmen und dabei auch die Risiken von Mehrfachdiskriminierung, geschlechtsspezifischer Gewalt, besonderer gesundheitlicher Belastungen für Frauen sowie deren Risiken im informellen Sektor zu berücksichtigen.

### und erwarten von Arbeitgeber\*innen,

- Beschäftigte am Arbeitsplatz vor Gewalt zu schützen, Opfern sexueller Gewalt den Zugang zu medizinischer und psychologischer Versorgung zu garantieren sowie Informationen und Rechtsberatung zur Verfügung zu stellen.
- sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte der Beschäftigten im Arbeitsschutz zu berücksichtigen und sichere Beschwerdeverfahren zu entwickeln, die allen – ohne Druck von innen oder außen – zur Verfügung stehen.
- auf familienbewusste Arbeitsbedingungen, Entgeltgleichheit, existenzsichernde Löhne und gerechte Teilhabe an sozialen Sicherungssystemen hinzuwirken.
- durch eine geschlechterdifferenzierte Analyse und Auswertung zu prüfen, ob ihre Maßnahmen wirksam sind.